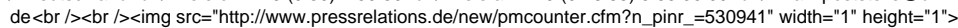




Dirk Niebel zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai

Dirk Niebel zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai
Berlin - Seit 1994 begehen die Vereinten Nationen jährlich am 3. Mai den Internationalen Tag der Pressefreiheit. Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel erklärte dazu in Berlin: "Sich frei und ohne Angst äußern zu können, Informationen zu recherchieren und sich öffentlich auszutauschen, all das gehört zu einem menschenwürdigen Leben genauso dazu wie Essen und Trinken, Gesundheit und Bildung. Meinungs- und Pressefreiheit ist eine entscheidende Voraussetzung für wirklich nachhaltige demokratische Entwicklung." Das BMZ unterstützt seine Partner bei der Verbesserung politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Meinungs- und Pressefreiheit. Zudem stärkt die deutsche Entwicklungspolitik professionelle Medieninstitutionen, die Aus- und Fortbildung von Journalisten und die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Medienhäusern. Das BMZ fördert auch den Zugang zu Informationen und Kommunikationsmitteln in Entwicklungsländern, damit bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen von der Entwicklung und den Medien in ihrem Land profitieren. Wichtigster Partner ist die Deutsche Welle Akademie, die weltweit hohe Anerkennung genießt. Zuletzt hatten sich einige Länder in der Presse- und Meinungsfreiheit deutlich verbessert, zum Beispiel Myanmar, Malawi und Côte d'Ivoire. Dennoch wurden nach Zahlen der Organisation "Reporter ohne Grenzen" weltweit im letzten Jahr fast 140 Menschen wegen ihrer Texte, Bilder oder Videos getötet. Dabei waren mehr als ein Drittel der Opfer keine klassischen Journalisten, sondern publizierten in Bürgerradios, Blogs und den sozialen Medien wie Facebook und Twitter. Rohe Gewalt gegen Medienschaffende ist nicht die einzige Bedrohung für Meinungs- und Pressefreiheit. Die Mittel der Einflussnahme reichen von Erpressung und willkürlichen Verhaftungen über Bestechung bis hin zu Gesetzen, die Berichterstattung über bestimmte Themen und Personen erschweren. Auch wirtschaftlicher Druck auf Medienhäuser und eine prekäre finanzielle Situation von Journalisten gefährden die Freiheit des Wortes.
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Europahaus, Stresemannstr. 34-37
10963 Berlin
Telefon: +49 (0 30) 2 50 30
Telefax: +49 (0 18 88) 5 35 35 00
Mail: poststelle@bmz.bund.de
URL: <http://www.bmz.de>


Pressekontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

bmz.de
poststelle@bmz.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

bmz.de
poststelle@bmz.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage